

Einleitung

Das Handelsrecht ist die Kernmaterie des Rechts der Wirtschaft. Es ist daher Pflichtfach für Studierende der rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen. Diese Fallsammlung präsentiert 15 Klausuren, die wichtige, prüfungsrelevante Probleme behandeln. Der Schwierigkeitsgrad jeder Klausur ist wie folgt gekennzeichnet:

- * einfach
- ** mittel
- *** schwer.

Die schweren Klausuren entsprechen dem Niveau der ersten juristischen Staatsprüfung. Jede Klausur enthält eine ausformulierte Musterlösung. In der Randzeile ist zusätzlich der Lösungsweg stichwortartig zusammengefasst, um einen schnellen Überblick zu ermöglichen. Anmerkungen ergänzen die Klausurlösungen und geben weiterführende Hinweise. Zusätzliche Abschnitte vermitteln handelsrechtliches Basiswissen, dessen Kenntnis unerlässlich ist.

I. Fallbearbeitung im Handelsrecht

1. Überblick

Die Lösung eines handelsrechtlichen Falls geschieht nach denselben Grundsätzen wie im Bürgerlichen Recht: Der Sachverhalt wird erfasst und ausgewertet.

Grundsätze der
Fallbearbeitung

Unter Beachtung des Standardsatzes „Wer will was von wem woraus?“, wird eine Lösungsskizze erstellt. Hierfür werden je nach Fragestellung zunächst die zwischen den Beteiligten erhobenen Begehren herausgearbeitet und anhand von Anspruchsgrundlagen auf ihre Begründetheit geprüft.

Dabei wird jede Anspruchsgrundlage zunächst nach ihren Tatbestandsmerkmalen stichwortartig durchgegliedert und anschließend daraufhin untersucht, ob Einwendungen bestehen. Nach Anfertigung der Lösungsskizze werden die Schwerpunkte lokalisiert und argumentativ aufbereitet.

Zu guter Letzt erfolgt die „Reinschrift“, bei der die Lösungsskizze mit entsprechender Schwerpunktsetzung ausformuliert wird.

BGB kommt
nachrangig zur
Anwendung

Wer sich mit dem Handelsrecht beschäftigt, merkt schnell, dass es sich um ein überschaubares Rechtsgebiet handelt, das lediglich einige Sondervorschriften für Kaufleute bereitstellt. Subsidiär zum HGB gilt für den Kaufmann das Bürgerliche Recht. Schließt der Kaufmann z.B. einen Kaufvertrag, so enthält das HGB zwar in den §§ 373 ff. einige Sondervorschriften, nachrangig gelten jedoch die Vorschriften des BGB über den Kauf (§§ 433 ff. BGB). Ferner kommen die allgemeinen Vorschriften über die Schuldverhältnisse, wie z.B. das Leistungsstörungenrecht, zur Anwendung. Die Beherrschung des Handelsrechts setzt also Grundkenntnisse des Bürgerlichen Rechts voraus.

Die handelsrechtlichen Besonderheiten werden in den zivilrechtlichen Anspruchsaufbau integriert.

Anspruch entstanden?

Bei der Prüfung beispielsweise, ob ein Anspruch entstanden ist, muss häufig geprüft werden, ob der Vertrag, aus dem Ansprüche hergeleitet werden, wirksam zustande kam. Hat für den einen Vertragspartner ein Vertreter gehandelt, etwa ein *Prokurist*, stellt sich die Frage, ob der Prokurist überhaupt hierzu bestellt werden konnte. Dies setzt voraus, dass derjenige, von dem er zum Prokuristen ernannt wurde, *Kaufmann* ist. Folglich wäre hier zunächst nach handelsrechtlichen Vorschriften die Kaufmannseigenschaft zu prüfen, anschließend die Wirksamkeit der Prokuristenbestellung zu untersuchen und sodann der Frage nachzugehen, ob der Prokurist Vertretungsmacht für das in Rede stehende Geschäft hatte.

Anspruch
weggefallen?

Bei der Prüfung, ob der Anspruch weggefallen ist, können ebenfalls handelsrechtliche Institute, wie beispielsweise die Rügeobliegenheit des Kaufmanns, eine Rolle spielen.

2. Handelsrechtliche Normen und Institute in der Fallprüfung

Überblick

Häufig liegen handelsrechtlichen Klausuren Anspruchsgrundlagen aus dem BGB zugrunde. Daneben enthält aber auch das HGB selbst einige Anspruchsgrundlagen und Normen, die eine Haftung oder Einwendung begründen, sowie Institute, die Mängel bei der Begründung von Vertragsverhältnissen (z.B. fehlende Vertretungsmacht oder Dissens) überbrücken.

Schwerpunkte des
Handelsrechts

Insgesamt lässt sich das Handelsrecht in folgende prüfungsrelevante Schwerpunkte aufteilen, denen wiederum

wichtige handelsrechtliche Bestimmungen und Institute zugeordnet werden können:

Aus dem Bereich des **Firmenrechts** und des **Inhaberwechsels** (Klausuren 2 bis 4):

Firmenrecht und
Inhaberwechsel

- Anspruch auf Unterlassung eines unzulässigen Firmengebrauchs gemäß § 37 II 1 HGB; Anspruchsgrundlage
- Haftung des Erwerbers eines Handelsgeschäfts bei Firmenfortführung gemäß § 25 I HGB; Haftungsnormen bei Inhaberwechsel
- Haftung des Erben bei Geschäftsfortführung unter Beibehaltung der Firma gemäß § 27 I HGB i.V.m. § 25 I HGB;
- Haftung der Gesellschaft, die durch Eintritt eines persönlich haftenden Gesellschafters oder Kommanditisten in das Geschäft eines Einzelkaufmanns entsteht, gemäß § 28 I HGB.

Aus dem Bereich des **Handelsregisters** (Klausuren 5 bis 7):

Handelsregister

- Möglichkeit, dem Kaufmann eintragungspflichtige, jedoch nicht eingetragene und bekanntgemachte Tatsachen mit haftungsauslösender Wirkung gemäß § 15 I HGB entgegenzuhalten (negative Publizität); Haftungsnormen
- Möglichkeit des Kaufmanns, Dritten eingetragene und bekanntgemachte Tatsachen zur Vermeidung von Haftung aufgrund gegenteiligen Vertrauens gemäß § 15 II HGB entgegenzuhalten;
- Möglichkeit dem Kaufmann unrichtig bekanntgemachte eintragungspflichtige Tatsachen mit haftungsauslösender Wirkung gemäß § 15 III HGB (positive Publizität) entgegenzuhalten;
- Grundsätze der allgemeinen Rechtsscheinhaftung.

Aus dem Bereich der **Prokura** und der **Handlungsvollmacht** die Vorschriften, die bei fehlender Vertretungsmacht eine Überbrückung ermöglichen (Klausuren 6 bis 8):

Prokura,
Handlungsvollmacht

- Unwirksamkeit einer Beschränkung der Reichweite der Prokura gemäß § 50 HGB mit der Folge, dass die Vollmacht im Umfang von § 49 I HGB besteht; Probleme bei der Vertretung
- Entgegenhalten von Beschränkungen der Handlungsvollmacht nur im Rahmen von § 54 II und III HGB;
- „Ladenvollmacht“ gemäß § 56 HGB.

Handlungsgehilfe	Aus dem Bereich des Handlungsgehilfen :
Anspruchsgrundlage	➤ Ansprüche bei Verletzung des Wettbewerbsverbots gemäß § 61 I HGB.
Handelsvertreter	Aus dem Recht des Handelsvertreters (Klausur 9):
Anspruchsgrundlagen	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ansprüche des Handelsvertreters auf Provision (§ 87 HGB) und auf Erstellung eines Buchauszugs, der alle provisionspflichtigen Geschäfte enthält (§ 87c II HGB); ➤ Ausgleichsanspruch gemäß § 89 b HGB bei Beendigung des Handelsvertreterverhältnisses, der auch Bedeutung für andere Absatzmittler hat (siehe hierzu Klausur 10 zum Vertragshändler).
Kommissionsgeschäft	Auch die Vorschriften über die Kommission enthalten Anspruchsgrundlagen (Klausur 11), zu nennen sind hier:
Anspruchsgrundlagen	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Ansprüche des Kommittenten gegen den Kommissionär gemäß § 384 HGB; ➤ Ansprüche des Kommissionärs auf Provision aus § 396 I HGB und auf Aufwendungsersatz gemäß § 396 II HGB.
Handelsgeschäfte	<p>Zahlreiche Probleme stammen aus dem Bereich der Handelsgeschäfte. Hier gibt es wichtige Anspruchsgrundlagen, Haftungsnormen, Einwendungen sowie Institute, die Mängel beim Vertragsschluss „überwinden“ (siehe Klausuren 12 bis 14):</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Anspruchsgrundlagen ➤ Ansprüche der Kaufleute untereinander auf Fälligkeitszinsen gemäß § 353 Satz 1 HGB; ➤ Ansprüche des Kaufmanns auf Provision für die Besorgung fremder Geschäfte oder Leistung von Diensten gemäß § 354 HGB, z.B. die Kreditgewährung, die Stellung einer Bürgschaft, die Überlassung von Waren zum Gebrauch oder die Aufbewahrung derselben; ➤ Anspruch auf Schadensersatz bzw. Rücktritt des Käufers beim Fixhandelskauf gemäß § 376 I HGB;
Einwendung	➤ Verlust der Gewährleistungsansprüche bei Verletzung der Rügeobliegenheit gemäß § 377 HGB;
Schweigen als Willenserklärung	➤ Erklärungswirkungen des Schweigens im Handelsverkehr gemäß § 362 HGB und nach den Grundsätzen des kaufmännischen Bestätigungsschreibens.

II. Stellung und Funktion des Handelsrechts

Das Handelsrecht ist Bestandteil des Privatrechts. Schlagwortartig wird das Handelsrecht als das „Sonderprivatrecht für Kaufleute“ bezeichnet.

Sonderprivatrecht
für Kaufleute

Das Handelsrecht ist ein altes Rechtsgebiet. Daher muten heute manche Vorschriften und Passagen des HGB sprachlich recht antiquiert an: Das erste Buch ist z.B. mit der Überschrift „Handelsstand“ versehen. Die alte Sprache des Gesetzestextes wird bis heute beibehalten. Auch die Handelsrechtsreform, die zum 1. Juli 1998 inhaltlich durchgreifende Änderungen brachte, wurde nicht zum Anlass genommen, das Gesetzbuch sprachlich anzupassen.

Entwicklung

Auch der Begriff Handelsrecht ist irreführend. Der *Handel* befasst sich typischerweise mit dem Warenverkehr, d.h. dem Umsatz von Gütern zwischen den Produzenten, den Händlern und den Verbrauchern (z.B. Groß- und Einzelhandel bzw. Direktvertrieb). Das Handelsrecht betrifft aber nicht nur die Unternehmer, die Handel treiben, sondern auch die Industrie, das Handwerk, die Urerzeugung (z.B. Bergbau) sowie die große Gruppe der Dienstleister außerhalb der freien Berufe (z.B. Gastronomie, Taxibetriebe, Kinos).

Begriff

Die Geltung des Handelsgesetzbuchs hängt nun davon ab, ob ein Kaufmann oder eine Handelsgesellschaft beteiligt ist (sog. *subjektives* System). Diese sind die Normadressaten des HGB. Wird die Eigenschaft der beteiligten Person als Kaufmann oder Handelsgesellschaft festgestellt, so folgt hieraus die Anwendbarkeit des Handelsrechts.

Subjektives System

Demgegenüber macht das *objektive* System die Geltung des Handelsrechts vom Gegenstand der Betätigung abhängig. Elemente des objektiven Systems finden sich auch im deutschen Handelsrecht, da zur Bestimmung des Kaufmannsbegriffs entscheidend auf den *Betrieb des Handelsgewerbes* abgestellt wird.

Objektives System

Adressat des Handelsgesetzbuchs ist der Kaufmann. Es handelt sich bei ihm um das *Rechtssubjekt*, d.h. den Träger der Rechte und Pflichten. Der Kaufmann betreibt ein gewerbliches Unternehmen, bei dem es sich um das sog. *Rechtsobjekt* handelt.

Das Handelsrecht gehört zum Privatrecht. Kernmaterie des Privatrechts ist das Bürgerliche Recht. Das Handelsrecht ergänzt das Bürgerliche Recht, indem es für Kaufleute Sondervorschriften schafft.

Systematischer
Standort des
Handelsrechts

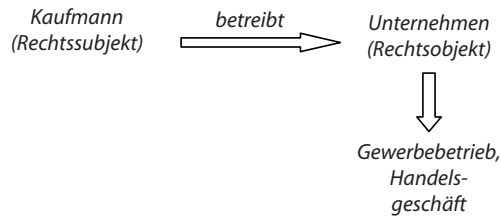


Abb. 1. Grundstruktur

Gesellschaftsrecht Das Gesellschaftsrecht baut, soweit es um die Handelsgesellschaften geht, teilweise auf dem Handelsrecht auf, es befasst sich jedoch auch mit Rechtsformen außerhalb des Handelsrechts, wie z.B. der Partnerschaftsgesellschaft, die für u.a. Freiberufler, Künstler und Musiker reserviert ist, sowie der Gesellschaft Bürgerlichen Rechts.

Weitere Rechtsgebiete Eigenständige Materien des Privatrechts neben dem Handels- und Gesellschaftsrecht sind das Arbeitsrecht sowie das private Bank- und Versicherungsrecht. Nicht zu vernachlässigen ist schließlich der Bereich des gewerblichen Rechtsschutzes, wozu das Wettbewerbsrecht einschließlich des Kartellrechts gehört, aber auch das Marken- und Kennzeichenrecht sowie das Patentrecht. Einen eigenen Regelungsbereich stellt schließlich das Urheberrecht dar.

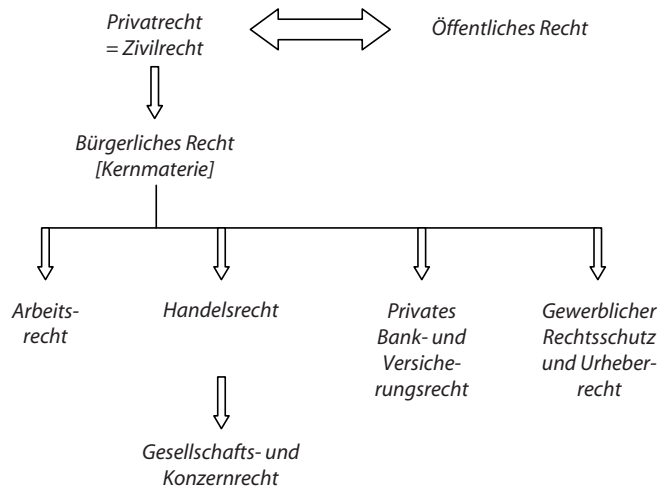


Abb. 2. Rechtsgebiete – systematische Einordnung des Handelsrechts

Die Vorschriften des Handelsrechts sind im Handelsgesetzbuch konzentriert¹. Das HGB besteht aus fünf Büchern:

Rechtsquellen

Erstes Buch → Handelsstand,
§§ 1 – 104 HGB

Zweites Buch → Handelsgesellschaften und
Stille Gesellschaft,
§§ 105 – 237 HGB

Drittes Buch → Handelsbücher,
§§ 238 – 341 o HGB

Viertes Buch → Handelsgeschäfte,
§§ 343 – 475 h HGB

Fünftes Buch → Seehandel,
§§ 476 – 905 HGB.

Im Studium spielt in der Regel nur ein kleiner Teil des Handelsrechts eine Rolle. Das Seehandelsrecht, das im fünften Buch des Handelsgesetzbuchs (§§ 476 ff. HGB) geregelt ist, wird nicht behandelt. Die Vorschriften hierzu sind nur für Spezialisten relevant und werden daher in den herkömmlichen Gesetzessammlungen nicht einmal abgedruckt.

Beschränkung
des Stoffs

Ebenfalls in dieser Fallsammlung ausgeklammert bleiben die Vorschriften über das Handelsbilanzrecht, die im dritten Buch in den §§ 238 ff. HGB zusammengefasst sind. Das Bilanzrecht bildet ein eigenes Rechtsgebiet, das gewöhnlich gemeinsam mit dem Steuerrecht behandelt wird.

Bilanzrecht

Das zweite Buch schließlich befasst sich mit den Personenhandelsgesellschaften und der Stillen Gesellschaft und betrifft damit Materien, die wiederum bereits zu einem eigenen Rechtsgebiet, dem Gesellschaftsrecht gehören. Während sich das Handelsrecht in erster Linie mit dem Einzelkaufmann befasst, regelt das Gesellschaftsrecht die Rechtsfragen, die auftreten, wenn sich mehrere Personen zur Verfolgung eines gemeinsamen Zwecks zusammenschließen. Hierbei geht es vor allem um die Probleme, die entstehen, wenn sich Arbeitskraft, Know-how und Kapital in einer Gesellschaft vereinen.

Recht der
Personenhandels-
gesellschaften und
Stillen Gesellschaft

¹ Wertpapierrechtliche Bestimmungen, die für den kaufmännischen Verkehr bedeutsame Wertpapiere betreffen, sind neben dem HGB in Sondergesetzen wie dem WechselG und ScheckG enthalten.

Daher werden die Personenhandelsgesellschaften sowie die Stille Gesellschaft in dieser Abhandlung nicht behandelt. Eine kurze Erwähnung finden sie lediglich bei der Prüfung der Frage, für welche Gesellschaften das Handelsrecht gilt.

Erstes und viertes
Buch sind relevant

Somit soll sich diese Fallsammlung auf die Schwerpunkte des ersten und des vierten Buchs des HGB beschränken.

Erstes Buch:
Grundbegriffe

Insbesondere das erste Buch des HGB hat erhebliche Relevanz in den Prüfungen. Es befasst sich mit den Grundproblemen des Handelsrechts, z.B. mit der Frage, wer Kaufmann ist. Weiterhin enthält es Regelungen über das Handelsregister und die Handelsfirma sowie über die rechtsgeschäftlichen Vollmachten (Prokura und Handlungsvollmacht). Hieran schließen sich Bestimmungen über die Hilfspersonen des Kaufmanns an (Handlungsgehilfen und Handelsvertreter). Schließlich folgt ein Abschnitt über den Handelsmakler.

Viertes Buch:
Handelsgeschäfte

Hingegen ist das vierte Buch nur partiell prüfungsrelevant. Wichtig sind die allgemeinen Vorschriften über die Handelsgeschäfte sowie der Abschnitt über den Handelskauf. Die Grundzüge des Kommissions-, Speditions- und Frachtgeschäfts sollten ebenfalls beherrscht werden. Vorschriften des Lagergeschäfts werden demgegenüber nur selten angesprochen.

Schwerpunkt: Kaufmannseigenschaft

Ausgangsfall

Alfonso A. Arnold (A) studiert in Berlin im ersten Semester Betriebswirtschaft. Um sich sein Studium zu finanzieren, gründet er als Ein-Mann-Betrieb das Unternehmen „Alfonso Catering Service“. Geschäftsidee ist die Versorgung von Büros in der Berliner Innenstadt mit warmen Mahlzeiten, aber auch mit sonstigen Lebensmitteln, wie Obst, Gemüse, Süßigkeiten und Kaffee. Alfonsos Mahlzeiten beruhen hierbei auf den Regeln der Vollwertküche, wovon er sich großen Zulauf verspricht. Nach ca. drei Monaten hat A einen kleinen Kundenstamm aufgebaut, so dass er ca. zwei- bis dreimal die Woche in den Mittagsstunden Aufträge gegen Barkasse ausführt. Die warmen Mahlzeiten bereitet er in der Küche seiner Privatwohnung zu. Bestellungen werden bis 10 Uhr morgens entgegengenommen und zwischen 12 und 14 Uhr ausgeführt.

Die Lebensmittel bestellt er überwiegend bei dem Lebensmittelgroßhändler Carlo Crotone (C). Mit diesem war vereinbart, dass die in einem Kalendermonat gestellten Rechnungen jeweils zum 10. des Folgemonats fällig werden. Im Monat März hat C dem A Lebensmittel im Gegenwert von 500 Euro geliefert und hierüber eine Rechnung gestellt. Als diese Rechnung von A am 25. April noch immer nicht ausgeglichen wird, verlangt C schriftlich unverzüglich Zahlung, wobei er für die Zeit ab 11. April Fälligkeitszinsen in Höhe von 5 % pro Jahr berechnet. A hat die Bezahlung der Rechnung schlichtweg vergessen und überweist daher erst jetzt den Rechnungsbetrag. Er ist auch grundsätzlich bereit, Verzugszinsen zu bezahlen. Die Fälligkeitszinsen, von denen A noch nie etwas gehört hat, möchte er hingegen aus Prinzip nicht bezahlen. Kann C von A die Zahlung der Fälligkeitszinsen verlangen?

1. Variante

Aus dem Ein-Mann-Betrieb des A wird ein blühendes Unternehmen, das ständig weiterwächst. A verkauft derzeit ca. 6.000 bis 7.000 Mahlzeiten täglich. Er hat über 500 vorwiegend teilzeitbeschäftigte Mitarbeiter eingestellt. Wegen der enormen Umsatzsteigerungen kann A sein Studium nicht mehr weiterverfolgen. Wie im Ausgangsfall verlangt C für seine Rechnung Fälligkeitszinsen. Wie ist nunmehr der Anspruch des C zu beurteilen?

2. Variante

Gerlinde Gärtnerin (G), Schriftstellerin und Freundin des A, erwirbt im Havelland einen alten, heruntergekommenen Gutshof, den sie, wenn sie nicht gerade ihre Bücher schreibt, bewirtschaften möchte. Als Fontane-Fan kennt sie das Gedicht des Herrn von Ribbeck vom Havelland, der jedem Kind eine Birne schenkte. Da sich auf dem Gelände zahlreiche Birnbäume befinden, tauft sie die Birnen auf den Namen „Ribbeck-Birnen“. G plant allerdings, diese nicht zu verschenken, sondern zu vermarkten. Da kommt ihr der Catering-Service ihres Freundes A gerade recht. Schnell wird sich G mit A einig: Dieser sagt ihr zu, einen Großteil der Birnen für seinen Catering-Service aufzukaufen. Zukünftig bietet er als Dessert „Ribbecks-Birnen-Kompott“ an.

Um ihre Birnen-Plantagen besser befahren zu können, bestellt G beim Autohändler Max Mobile (M) ein geländefähiges Fahrzeug der Marke Off-Road-Star. Das Fahrzeug wird am 10. Dezember geliefert. G unternimmt sofort eine Probefahrt und stellt hierbei fest, dass der Scheibenwischer nicht funktioniert. Da das Weihnachtsfest vor der Tür steht und sie mit anderen Dingen beschäftigt ist, macht sie erst Mitte Januar gegen M wegen des defekten Scheibenwischers einen Anspruch auf Beseitigung des Mangels geltend, den sie korrekt mit 300 Euro beziffert. M, der in bezug auf Gewährleistungsansprüche seiner Kunden bisher immer sehr großzügig war und früher auch darüber hinausgehende Garantien gewährte, plant sein Unternehmen kurzfristig aufzulösen, weshalb er keinesfalls mehr Geld als nötig ausgeben möchte. Er lehnt daher eine Beseitigung des Defekts unter Hinweis darauf ab, dass sich G erst jetzt bei ihm meldet. Er wolle nur reparieren, wenn er dies müsse. Hat G Anspruch auf Instandsetzung des Scheibenwischers?

3. Variante

So rasch wie Fortuna A wirtschaftlichen Erfolg bescherte, so schnell verlässt ihn die Glücksgöttin auch wieder. Sein Betrieb fällt in die Bedeutungslosigkeit zurück. Die Konkurrenzunternehmen, die großen Konzernen angehören, haben die Preise des A unterboten und einen Lebensmittelskandal aufgrund salmonellenbehafteter Desserts, die in einer der Großküchen des A zubereitet worden waren, für eine rufschädigende Kampagne gegen A ausgenutzt. A kann knapp die Insolvenz abwenden und arbeitet fortan wieder mit einer Handvoll Stammkunden in seinem Kerngebiet Berlin als Ein-Mann-Betrieb. Seine Handelsregistereintragung, die er im Anschluss an seine Expansion vorgenommen hat, lässt er versehentlich unverändert, da er wegen des Stresses vergisst, sich im Handelsregister wieder austragen zu lassen. Nunmehr verlangt C – wie im Ausgangsfall – die Zahlung von Fälligkeitszinsen. Wie ist nun der Anspruch des C zu beurteilen?

4. Variante

Gerlinde Gärtnerin (G) unterhält – wie in der zweiten Variante – ein Gutshaus im Havelland. Nunmehr ist ihr erstes Buch unter dem Titel „Ribbecks Erbin“ veröffentlicht worden, weshalb sie ein großes Grillfest auf ihrem Gutshof veranstalten möchte. A gibt ihr den Tip, die Steaks bei der Fleischgroßhandelsgesellschaft Bruno Bacon AG (B-AG) einzukaufen, weil diese Steaks von guter Qualität für gewerbliche Abnehmer besonders günstig anbietet. Da G selbst keine Händlerin ist, jedoch in den Genuß dieser günstigen Einkaufsbedingungen kommen möchte, ruft sie bei der B-AG an und gibt wahrheitswidrig an, einen Catering-Service in einer Größe vergleichbar dem Unternehmen des A (in der 1. Variante) zu betreiben. Zunächst möchte sie nur eine Bestellung über 500 Steaks aufgeben, um sich von der Qualität und dem Preis-Leistungs-Verhältnis zu überzeugen. Die B-AG liefert die 500 Steaks und verlangt, als die Rechnung 14 Tage nach Fälligkeit noch immer nicht bezahlt ist, von G Fälligkeitszinsen. G bezahlt den Kaufpreis, lehnt jedoch unter Hinweis darauf, dass sie keine Kauffrau sei, die Zahlung von Fälligkeitszinsen ab. Zu Recht?

Lösung:**„Die Erfolgsstory des Alfonso A. Arnold“****Ausgangsfall***Anspruch des C gegen A aus § 353 Satz 1 HGB*

Ein Anspruch auf Fälligkeitszinsen könnte sich aus § 353 Satz 1 HGB ergeben. Danach sind Kaufleute *untereinander* berechtigt, für ihre Forderungen aus beiderseitigen Handelsgeschäften vom Tage der Fälligkeit an Zinsen zu fordern.

Kaufmannseigenschaft
von C?

Diese Vorschrift setzt als erstes voraus, dass beiden Vertragspartnern die Kaufmannseigenschaft zukommt. Der Verkäufer C könnte Kaufmann kraft Handelsgewerbes gemäß § 1 HGB sein. Danach ist Kaufmann, wer ein Handelsgewerbe betreibt.

Betreiben eines
Gewerbes?

C müsste also ein Gewerbe, und zwar speziell ein Handelsgewerbe, betreiben. Unter Gewerbe wird in ständiger Rechtsprechung jede selbständige, nach außen gerichtete und planmäßige Tätigkeit in Gewinnerzielungsabsicht verstanden (siehe hierzu die Ausführungen unten bei Basiswissen: Grundlagen der Kaufmannseigenschaft unter II.). Die Tätigkeit des Lebensmittelgroßhändlers C ist selbständig und nach außen, d.h. auf Verbreitung auf dem Markt, gerichtet. Sie erfolgt zudem planmäßig und mit Gewinnerzielungsabsicht. C betreibt daher ein Gewerbe.

Handelsgewerbe?

Es müsste sich jedoch zusätzlich um ein Handelsgewerbe handeln. Diesbezüglich geht das Gesetz in § 1 II HGB davon aus, dass jeder Gewerbebetrieb ein Handelsgewerbe darstellt, es sei denn, dass das Unternehmen nach Art oder Umfang einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb nicht erfordert. Mit dieser Formulierung hat der Gesetzgeber eine Beweislastregel dahingehend geschaffen, dass zunächst für jeden gewerblichen Unternehmer vom Betrieb eines *Handelsgewerbes* auszugehen ist, sofern nicht dargelegt und bewiesen wird, dass dieser Gewerbebetrieb einen nach Art oder Umfang in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb nicht erfordert.

Entsprechend dieser Regel ist auch für C zunächst davon auszugehen, dass er nach Art oder Umfang einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb benötigt. Das Erfordernis einer derartigen kaufmännischen Organisation dürfte bei einem Lebensmittelgroßhändler in der Regel zu bejahen sein. Dafür spricht einerseits der Umstand, dass ein Großhändler typischerweise einen höheren Umsatz als

ein Einzelhändler erzielt und auf Kredit, d.h. gegen die Einräumung von Zahlungsfristen, veräußert, was eine entsprechende Buchhaltung erfordert. Auch ist wegen der großen Mengen ein erheblicher Kapitaleinsatz nötig. (siehe zu den einzelnen Kriterien die Ausführungen unten bei Basiswissen: Grundlagen der Kaufmannseigenschaft unter III.1.). Allein anhand der erwähnten Kriterien ist hier davon auszugehen, dass nach Art oder Umfang ein in kaufmännischer Weise eingerichteter Gewerbebetrieb für das ordnungsgemäße Betreiben des Geschäfts erforderlich ist.

Anmerkung: Der Fall gibt nur einige Kriterien für die Prüfung her, ob ein Handelsgewerbe vorliegt. Im Zweifel ist daher nach der Beweislastregel zu entscheiden: Derjenige, der geltend macht, es liege kein Handelsgewerbe vor, muss dies darlegen und beweisen. Da hier jedoch die Parteien über Kaufmannseigenschaft des Großhändlers C überhaupt nicht streiten, ist entsprechend der gesetzlichen Regelung davon auszugehen, dass es sich bei dem Gewerbebetrieb des C um ein Handelsgewerbe handelt.

Auch A müsste für die Anwendbarkeit des § 353 Satz 1 HGB Kaufmann sein. Für die Kaufmannseigenschaft des A gemäß § 1 HGB spricht, dass er ebenfalls ein Gewerbe betreibt, da auch er selbständig, nach außen gerichtet, planmäßig und mit Gewinnerzielungsabsicht auftritt. Jedoch ist fraglich, ob dies ein *Handelsgewerbe* darstellt. Dann müsste sein Gewerbebetrieb nach Art und Umfang einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordern. Unter Anwendung der in § 1 II HGB verankerten Beweislastregel ist dies zunächst zu unterstellen.

Kaufmannseigenschaft
des A?

A kann diese Vermutung jedoch widerlegen, indem er darlegt und beweist, dass er keinen nach Art und Umfang in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb benötigt.

Kein Handelsgewerbe

A arbeitet allein, d.h. er beschäftigt keine Mitarbeiter. Er erzielt mit drei bis vier Aufträgen pro Woche nur geringe Umsätze. Ferner liefert er gegen Barzahlung, so dass keine aufwendige Buchhaltung erforderlich wird. Nach diesen Umständen ist daher davon auszugehen, dass A einen nach Art und Umfang in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb nicht benötigt und somit kein Handelsgewerbe betreibt. Er ist also kein Kaufmann gemäß § 1 HGB.

Da A sich nicht in das Handelsregister hat eintragen lassen, ist er ferner auch nicht Kaufmann gemäß § 2 HGB.

Daher gelten für A die handelsrechtlichen Vorschriften nicht, weshalb er die begehrten Fälligkeitszinsen an C nicht zahlen muss.

Anspruch: (–)

Verzugszinsen
nach BGB

Anmerkung: Eine andere Frage ist es, ob C nach den Vorschriften des Bürgerlichen Rechts Verzugszinsen von 5 % über den Basiszinssatz pro Jahr (§ 288 I 2 BGB) hätte berechnen können. Da die Fälligkeit hier kalendermäßig bestimmt war, wäre A, ohne dass es einer Mahnung bedurft hätte, mit Ablauf des 11. Aprils in Verzug geraten (§ 286 II Nr. 1 BGB), so dass er ab dem 12. April Verzugszinsen schulden würde. Wäre die Fälligkeit nicht kalendermäßig bestimmt gewesen, hätte grundsätzlich die Mahnung vom 25. April den Verzug ausgelöst (§ 286 I 1 BGB).

1. Variante

Anspruch des C gegen A gemäß § 353 Satz 1 HGB

Ein Anspruch auf Zahlung der Fälligkeitszinsen könnte sich auch hier aus § 353 Satz 1 HGB ergeben.

Kaufmannseigenschaft
von C?

Es kommt wiederum darauf an, dass beide Beteiligte Kaufleute sind. C ist, wie oben dargestellt, Kaufmann.

Kaufmannseigenschaft
des A?

Auch A wäre Kaufmann, wenn er wegen der Ausweitung seiner Geschäftstätigkeit nunmehr eine entsprechende kaufmännische Organisation benötigt und damit ein Handelsgewerbe ausübt. A betreibt eine Vielzahl von Geschäften, da er täglich Tausende von Mahlzeiten veräußert. Aufgrund der Tatsache, dass er über 500 Mitarbeiter beschäftigt, benötigt A ferner eine entsprechende Personalabteilung sowie eine umfangreiche Lohnbuchhaltung. Für die 6.000 bis 7.000 Mahlzeiten pro Tag muss er eine erhebliche Menge von Lebensmitteln einkaufen, bevorraten und verarbeiten. Er hat eine logistische Aufgabe zu bewältigen, die eine straffe Organisation und Planung voraussetzt. Sein Geschäftsbetrieb erfordert daher nach Art und Umfang eine in kaufmännischer Weise ausgerichtete Ausstattung. Damit sind beide Beteiligte Kaufleute gemäß § 1 HGB. Bei der Lieferung der Waren handelt es sich um ein beiderseitiges Handelsgeschäft. Die Rechnungen waren per 10. des Folgemonats fällig, so dass ein Anspruch auf Fälligkeitszinsen des C entstanden ist.

Anspruch: (+)

Der Anspruch des C ist daher begründet.

2. Variante

Anspruch der G gegen M aus §§ 437 Nr. 1, 439, 434 BGB

Anspruch auf
Nacherfüllung

Ein Anspruch auf Reparatur des Scheibenwischers könnte sich aus §§ 437 Nr. 1, 439, 434 BGB ergeben. Ein Anspruch auf Nacherfüllung setzt voraus, dass der Kaufgegenstand einen Sachmangel aufweist.

Ein Sachmangel liegt nach § 434 I Nr. 1 bzw. Nr. 2 BGB vor, da ein funktionierender Scheibenwischer nicht der vom Vertrag vorausgesetzten Verwendung entspricht bzw. dies bei einem Kfz der Käufer erwarten kann. Damit ist G grundsätzlich berechtigt, entsprechend § 437 Nr. 1 i.V.m. § 439 I BGB Reparatur des defekten Scheibenwischers zu verlangen.

Sachmangel

Dieser Anspruch verjährt gemäß § 438 I Nr. 3 BGB nach zwei Jahren ab der Ablieferung, so dass ein etwaiger Verjährungseinwand, der in dem Verspätungshinweis des M liegt, nicht erfolgreich erhoben werden kann.

Einrede der Verjährung

Fraglich ist jedoch, ob G, die den Mangel bei der ersten Probefahrt bereits feststellte, den defekten Scheibenwischer sofort hätte anzeigen müssen. Wäre G Kauffrau, so träfe sie gemäß § 377 HGB eine Untersuchungs- und Rügeobliegenheit. Zeigt ein Kaufmann bzw. eine Kauffrau einen Mangel, der bei gehöriger Untersuchung erkennbar gewesen wäre, nicht umgehend dem Verkäufer an, so gilt die Ware als genehmigt. Das bedeutet, dass Gewährleistungsansprüche seitens des Käufers ausgeschlossen sind.

Einwand der nicht unverzüglichen Rüge?

Entscheidend ist also, ob G Kauffrau ist. Kaufmann bzw. Kauffrau ist gemäß § 1 I HGB jeder, der ein Handelsgewerbe betreibt. G übt mit dem Verkauf ihrer Birnen eine selbständige, nach außen gerichtete, planmäßige Tätigkeit mit Gewinnerzielungsabsicht aus. G ist daher Gewerbetreibende. Handelt es sich bei ihrem Gewerbe zusätzlich um ein Handelsgewerbe, fällt sie grundsätzlich in den Anwendungsbereich des § 1 HGB, so dass sie Kauffrau ist.

Ist G Kauffrau?

Nach § 3 HGB findet jedoch § 1 HGB auf den Betrieb der Land- und Forstwirtschaft keine Anwendung. § 3 HGB privilegiert damit die Land- und Forstwirte, indem er sie vom Anwendungsbereich der strengeren handelsrechtlichen Vorschriften ausnimmt.

Der Landwirt ist ein sog. Kannkaufmann, d.h. er *kann* sich gemäß § 3 II HGB dafür entscheiden, sich in das Handelsregister eintragen zu lassen, wenn sein Unternehmen nach Art und Umfang einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordert. Eine Eintragungspflicht besteht hierfür jedoch nicht. Die Landwirtschaft umfasst die Gewinnung pflanzlicher und tierischer Rohstoffe unter Verwendung des Bodens, so dass der Obstanbau zweifelsohne der Landwirtschaft unterfällt.

Landwirte betreiben kein Handelsgewerbe

G betreibt damit kein Handelsgewerbe gemäß § 1 HGB. Es kommt nicht mehr darauf an, ob ein nach Art und Umfang eingerichteter Geschäftsbetrieb erforderlich ist. Selbst wenn eine solche kaufmännische Organisation bei G erforder-

derlich wäre, würde sie erst durch die Handelsregistereintragung zur Kauffrau. Da jedoch eine entsprechende Handelsregistereintragung nicht vorliegt, gilt für G unter keinen Umständen das Kaufmannsrecht.

Einwand: (–)

Damit muss sich G auch nicht eine Verletzung der Rügeobliegenheit gemäß § 377 HGB entgegenhalten lassen, so dass sie ihre Gewährleistungsansprüche einschließlich des Rechts auf Minderung wegen des defekten Scheibenwischers weiterhin geltend machen kann.

Anspruch: (+)

G kann daher entsprechend ihres Nacherfüllungsrechts die Beseitigung des Defekts am Scheibenwischer von M verlangen.

3. Variante

Anspruch des C gegen A gemäß § 353 Satz 1 HGB

Fälligkeitszinsen kann C dann verlangen, wenn sowohl er als auch A Kaufleute sind. C ist – wie im Ausgangsfall – Kaufmann.

Kaufmannseigenschaft des A?

A war dies jedenfalls, solange er ein Handelsgewerbe gemäß § 1 HGB betrieben, nämlich einen nach Art oder Umfang in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb benötigt hat. Infolge der Verkleinerung bzw. der Rückkehr zum Ein-Mann-Betrieb ist eine solche Organisation jetzt nicht mehr erforderlich.

Kannkaufmann gemäß § 2 HGB?

A ist damit zum Kleingewerbetreibenden geworden. Als Kleingewerbetreibender hätte er gemäß § 2 HGB die Möglichkeit, die Kaufmannseigenschaft durch Eintragung beim Handelsregister zu erlangen. Dies hat er im Hinblick auf seine Eigenschaft als Kleingewerbetreibender nicht getan. Er ist jedoch deshalb noch im Handelsregister als Kaufmann eingetragen, weil er ursprünglich Kaufmann kraft Handelsgewerbes war.

Kannkaufmann gemäß § 2 HGB?

Fraglich ist, ob sich A durch das Herabsinken vom Kaufmann kraft Handelsgewerbes in den „Stand“ des Kleingewerbetreibenden nunmehr gemäß § 2 HGB als Kaufmann behandeln lassen muss. § 2 HGB setzt voraus, dass sich der Kaufmann bewusst für eine Eintragung in das Handelsregister entscheidet. In dem bloßen Absinken vom Kaufmann kraft Handelsgewerbes zum Kleingewerbetreibenden kann eine solche Entscheidung nicht erblickt werden². A muss zumindest konkludent, d.h. durch schlüssiges Handeln, deutlich machen, dass er den Status des Kaufmanns als Klein-

² Canaris, § 3 Rdnr. 22.

gewerbetreibender begehrt. Da A dies hier nicht getan hat, ist er nicht Kaufmann gemäß § 2 HGB.

A könnte jedoch Kaufmann gemäß § 5 HGB sein. Nach dieser Vorschrift kann, soweit eine Firma im Handelsregister eingetragen ist, gegenüber demjenigen, der sich auf diese Eintragung beruft, nicht geltend gemacht werden, dass das unter der Firma betriebene Gewerbe kein Handelsgewerbe sei.

Fiktivkaufmann
gemäß § 5 HGB?

§ 5 HGB regelt den sog. *Fiktivkaufmann*, d.h. es wird fiktiviert, dass der Eingetragene Kaufmann ist, unabhängig davon, ob er tatsächlich ein Handelsgewerbe betreibt (ob § 5 HGB eine Fiktion oder eine unwiderlegbare Vermutung begründet, ist strittig, im Ergebnis jedoch nicht entscheidend; siehe zum Fiktivkaufmann unten bei Basiswissen: Grundlagen der Kaufmannseigenschaft unter III.2.c). Da A im Handelsregister eingetragen ist, kann er gemäß § 5 HGB nicht geltend machen, dass er kein Handelsgewerbe mehr betreibt, er muss sich also wie ein Kaufmann nach § 1 HGB behandeln lassen. Die Eintragung gilt sowohl zu seinen Gunsten als auch zu seinen Lasten. § 5 HGB will klare Verhältnisse schaffen, d.h. hier: A muss Fälligkeitszinsen bezahlen, könnte sie aber umgekehrt auch von seinen kaufmännischen Abnehmern verlangen.

Im Ergebnis kann daher C von A – wie in der ersten Variante – Fälligkeitszinsen verlangen.

Anspruch: (+)

Anmerkung: Die Kaufmannseigenschaft des A ließe sich hilfsweise auch über § 1 HGB i.V.m. § 15 I HGB begründen (siehe hierzu die Ausführungen beim Basiswissen: Handelsregister, nach Klausur 5 unter II.3). Durch das Herabsinken in die Gruppe der Kleingewerbetreibenden wäre – wenn man in dem schlichten Unterlassen der Eintragung keine Ausübung des Wahlrechts gemäß § 2 HGB erblickt – die Firma des A erloschen, da er wegen Wegfalls der Kaufmannseigenschaft eine solche nicht mehr führen darf.

Nach § 15 I HGB kann A dem C das Erlöschen der Firma jedoch noch nicht entgegenhalten, da diese Veränderung noch nicht eingetragen und bekanntgemacht worden ist und C hiervon auch keine Kenntnis hatte. A müsste sich gegenüber C so behandeln lassen als sei er noch Kaufmann, so dass A auch danach Fälligkeitszinsen schulden würde.

Der Weg über § 15 I HGB ist hier aber deshalb nicht gangbar, da A über § 5 HGB Kaufmann und daher auch berechtigt ist, eine Firma zu führen. § 5 HGB dient der Rechtsklarheit; auch der Eingetragene selbst kann sich grundsätzlich auf die Eintragung berufen (siehe Basiswissen: Grundlagen der Kaufmannseigenschaft, unter III.2.c.). § 5 HGB hat gegenüber § 15 HGB Vorrang³.

³ Koller/Roth/Morck, § 5 Rdnr. 10.

4. Variante

Anspruch der B-AG gegen G aus § 353 Satz 1 HGB

Ein Anspruch auf Zahlung der Fälligkeitszinsen könnte sich auch hier aus § 353 Satz 1 HGB ergeben, vorausgesetzt, dass es sich sowohl bei der B-AG als auch bei G um Kaufleute handelt.

Kaufmannseigenschaft
der B-AG?

Eine Aktiengesellschaft ist gemäß § 3 I AktG eine Handelsgesellschaft. Damit ist gemäß § 6 I HGB das Handelsrecht uneingeschränkt anwendbar. Gleiches ergibt sich auch aus § 6 II HGB, wo es heißt, dass die Rechte und Pflichten eines Vereins, dem das Gesetz ohne Rücksicht auf den Gegenstand des Unternehmens die Eigenschaft eines Kaufmanns beilegt, grundsätzlich auch dann unberührt bleiben, wenn kein Handelsgewerbe gemäß § 1 HGB betrieben wird. Dadurch ist sichergestellt, dass selbst, wenn eine Aktiengesellschaft im geringfügigen Umfang, also kleingewerblich, tätig wird, das Recht des HGB gilt. Die Aktiengesellschaft ist danach gemäß § 3 AktG in Verbindung mit § 6 II HGB sog. *Formkaufmann*. Es kommt für sie noch nicht einmal darauf an, ob sie überhaupt ein Gewerbe betreibt. Auch wenn sie im karitativen Bereich tätig wäre, würde für sie das Handelsrecht gelten. Die B-AG unterfällt somit dem HGB.

Kaufmannseigenschaft
der G?

Problematisch ist jedoch, ob das Handelsrecht auch für G Anwendung findet. Als Landwirtin gilt für sie das Handelsrecht, wenn die Voraussetzungen des § 3 HGB vorliegen. Da G sich jedoch nicht im Handelsregister hat eintragen lassen, ist sie mit ihrem landwirtschaftlichen Unternehmen nicht als Kauffrau einzustufen. Mangels Handelsregistereintragung muss sie sich auch nicht als Kleingewerbetreibende gemäß § 2 HGB oder nach § 5 HGB als Kauffrau behandeln lassen.

G als Scheinkauffrau?

G hat jedoch den Eindruck erweckt, als sei sie Kauffrau, weshalb sie sich ggf. nach der Lehre vom *Scheinkauffmann* bzw. der Scheinkauffrau als Kauffrau behandeln lassen muss.

Die Lehre vom Scheinkauffmann ist gewohnheitsrechtlich anerkannt und eine besondere Ausprägung der Rechtscheinshaftung⁴. Wer bei einem Geschäftspartner oder Verhandlungspartner zurechenbar den Eindruck erweckt, er sei Kaufmann, muss sich ggf. an diesem Rechtsschein festhalten lassen. Dies gilt jedenfalls dann, wenn der andere darauf vertraute, dass er es mit einem Kaufmann zu tun hat.

⁴ Canaris, § 6 Rdnr. 7 ff.

G hat hier wahrheitswidrig vorgegeben, sie sei Kauffrau. Damit hat sie den Rechtsschein gesetzt, dass für und gegen sie das Handelsrecht gilt. Dieser Rechtsschein ist G auch zurechenbar, da er von ihr selbst veranlasst wurde. Ein Verschulden ist für die Rechtsscheinhaftung nicht erforderlich (siehe zum Scheinkaufmann auch unten die Ausführungen bei Basiswissen: Kaufmannseigenschaft unter III 3).

Der für die B-AG handelnde Vertreter (§ 166 I BGB) war gutgläubig, da er nicht wusste, dass G in Wirklichkeit gar keine Kauffrau ist. Im Anschluss an das durch den zurechenbar gesetzten Rechtsschein verursachte Vertrauen schloss die B-AG mit G den Vertrag.

G muss sich nunmehr an dem von ihr zurechenbar veranlassten Rechtsschein festhalten und sich so behandeln lassen, als sei sie Kauffrau. Damit schuldet sie der B-AG auch Fälligkeitszinsen.

Die Forderung der B-AG nach Zahlung von Fälligkeitszinsen ist somit begründet.

Anspruch: (+)

Fallsammlung zum Handelsrecht
Klausuren - Lösungen - Basiswissen

Jula, R.

2009, XIII, 240 S., Softcover

ISBN: 978-3-642-03575-3